S 2 AL 1001/96

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Sachsen

Sozialgericht Sächsisches Landessozialgericht

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 2 AL 1001/96 Datum 09.03.1999

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 AL 94/99 Datum 10.10.2001

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Chemnitz vom 09. März 1999 wird zurýckgewiesen.
- II. Au \tilde{A} \square ergerichtliche Kosten \hat{a} \square auch des Berufungsverfahrens \hat{a} \square sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten dar $\tilde{A}^{1/4}$ ber, ob der Kl \tilde{A} zeitraum vom 26.04.96 bis 14.09.96, Anspruch auf Arbeitslosengeld (Alg) und ab 15.09.96 Anspruch auf \tilde{A} berbr $\tilde{A}^{1/4}$ ckungsgeld hat.

Der am \hat{a}_{\parallel} geborene , verheiratete Kl \tilde{A} $^{\mu}$ ger war nach einer T \tilde{A} $^{\mu}$ tigkeit als Patentingenieur, Justitiar bei mehreren Arbeitgebern, n \tilde{A} $^{\mu}$ mlich vom 01.05.88 bis 31.03.92 bei der Firma C \hat{a}_{\parallel} B \hat{a}_{\parallel} GmbH, vom 12.10.93 bis 31.12.94 bei der Firma D \hat{a}_{\parallel} GmbH und zuletzt vom 01.12.95 bis zur r \tilde{A}_{\parallel} ckwirkenden Aufl \tilde{A} $^{\mu}$ sung des Arbeitverh \tilde{A} $^{\mu}$ ltnisses am 26.04.96 zum 31.03.96 bei der Firma R \hat{a}_{\parallel} I \hat{a}_{\parallel} und B \hat{a}_{\parallel} GmbH.

Der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{z}\) ger beantragte am 26.04.96 die Zahlung von Alg.

Der ehemalige Arbeitgeber erklĤrte in einer Arbeitsbescheinigung, das ArbeitverhĤltnis mit dem KlĤger sei am 29.03.96 zum 31.03.96 durch "Kþndigung seitens des Arbeitnehmers, Auflösungsvertrag" beendet worden.

Der KlĤger nahm dazu wie folgt Stellung: Der Arbeitgeber habe ihm am 26.04.96 einen rýckwirkend datierten Aufhebungsvertrag vorgelegt. Der Arbeitgeber habe das Arbeitsverhältnis beenden wollen und die Vergýtung für den Monat April 1996 vorenthalten. Die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses sei auch deshalb nicht zumutbar gewesen, weil er keinen Dienstwagen erhalten habe und auÃ∏erdem einen groÃ∏en Wachhund in den Büroräumen erdulden musste. Er erklärte ferner, zum 01.07.96 werde er eine selbstständige Tätigkeit als Rechtsanwalt bei einer Sozietät in Chemnitz aufnehmen.

Die vor dem Arbeitsgericht Chemnitz gegen den ehemaligen Arbeitgeber erhobene Klage, mit der er den Arbeitslohn für den Zeitraum vom 01.04.96 bis 03.05.96 eingeklagt hatte, nahm der Kläger zurück. Der Arbeitgeber zahlte entsprechend einem auÃ∏ergerichtlichem Vergleich 60 % der noch ausstehenden Vergütung.

Die Beklagte stellte mit Bescheid vom 03.09.96 den Eintritt einer Sperrzeit von 12 Wochen (01.04.96 â∏ 23.06.96) und die Minderung der Anspruchsdauer um 97 Tage fest. Der Kläger habe einen Aufhebungsvertrag zur Lösung seines Beschäftigungsverhältnisses zugestimmt und somit das Beschäftigungsverhältnis selbst gelöst. Er habe voraussehen mÃ⅓ssen, dass er durch sein Verhalten die Arbeitslosigkeit herbeifþhrt.

Der KlĤger legte dagegen am 10.09.96 Widerspruch ein. Der Aufhebungsvertrag sei unwirksam. TatsĤchlich habe das ArbeitsverhĤltnis am 25.04.96 geendet. AuÄ∏erdem habe er die TĤtigkeit als Justitiar beenden mĽssen, um die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zu behalten. Er habe den Termin zur Aufnahme eines Kanzleisitzes bereits ļberzogen gehabt. Die VerhĤngung einer Sperrzeit stelle eine unbillige HĤrte dar. Er habe noch rļckstĤndige BeitrĤge zur Krankenversicherung und anderen Pflichtversicherungen zu zahlen.

Die Beklagte zog eine ergĤnzende Auskunft des ehemaligen Arbeitgebers bei, wonach der Aufhebungsvertrag auf Wunsch des KlĤgers geschlossen worden sei und eine arbeitgeberseitige Kündigung nicht erfolgt wäre.

Die Beklagte wies den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 11.11.96 zurĽck. Das ArbeitsverhĤltnis sei auf Wunsch des KlĤgers durch AuflĶsungsvertrag beendet worden. Er habe die Arbeitslosigkeit nach Abschluss des Aufhebungsvertrages voraussehen mýssen, da er erst zum 01.07.96 die Aufnahme einer selbststĤndigen TĤtigkeit beabsichtigt habe. Dem KlĤger habe für sein Verhalten kein wichtiger Grund zur Seite gestanden noch haben die Voraussetzungen für eine besondere Härte vorgelegen. Der Umstand, dass bei Nichtaufgabe der Beschäftigung die Zulassung des Klägers gefährdet gewesen sei, könne die Arbeitsaufgabe nicht rechtfertigen. Bei entsprechender

Koordinierung hÃxtte der KlÃxger die Arbeitslosigkeit vermeiden können.

Die Beklagte bewilligte dem Kläger nach Ablauf der Sperrzeit Alg fýr den Zeitraum vom 24.06.96 bis 29.06.96 in Höhe von 263,40 DM wöchentlich nach der Leistungsgruppe D (Lohnsteuerklasse V) und einem BE in Höhe von 860,00 DM (Bewilligungsbescheid vom 05.09.96) und erstellte einen entsprechenden Leistungsnachweis.

Der Klå¤ger legte gegen den Bescheid vom 05.09.96 und gegen den Leistungsnachweis am 13.09.96 Widerspruch ein und begehrt die "Neubestimmung der Arbeitslosenzeit". Er habe am 01.07.96 keine Arbeit aufgenommen und sich auch nicht aus dem Leistungsbezug abmelden wollen. Nach Absprachen mit dem zukå¼nftigen Sozietå¤tspartner, Rechtsanwalt Friedemann, werde er die selbststå¤ndige Tå¤tigkeit zum 15.09.96 aufnehmen. Im Zeitraum vom 08.07.96 bis 11.09.96 habe er bereits stundenweise (4-7 Stunden pro Woche) få¼r diesen Rechtsanwalt gearbeitet.

Mit Widerspruchsbescheid vom 11.11.96 wies die Beklagte den Widerspruch gegen den Bewilligungsbescheid vom 05.03.96 zurĽck. Der KlĤger habe nach eigener Mitteilung der Arbeitsvermittlung ab 01.07.96 nicht zur VerfĽgung gestanden. Vermittlungsbemļhungen des Arbeitsamtes Zwickau seien deshalb unterblieben. Erst am 12.09.96 habe der KlĤger telefonisch mitgeteilt, er habe die Abmeldung versehentlich vorgenommen. Damit fehle es an der Verfļgbarkeit.

Mit Widerspruchsbescheid vom 11.11.96 verwarf die Beklagte den Widerspruch gegen den Leistungsnachweis. Es handele sich um eine "Folgeerscheinung" des Bewilligungsbescheides und damit nicht um einen Verwaltungsakt.

Der Kläger beantragte am 03.06.96 die Gewährung von Ã∏berbrückungsgeld zur Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit als Rechtsanwalt, wobei er im Antragsformular die Aufnahme zum 01.07.96 angab.

Bei einer persĶnlichen Vorsprache am 12.09.96 erklĤrte er, "er habe sich zum 01.07.96 nicht in Arbeit abgemeldet". Die fachliche Stellungnahme der Rechtsanwaltskammer Sachsen zur TragfĤhigkeit der Existenzgründung beziehe sich auf eine TĤtigkeitsaufnahme am 15.09.96.

Die Beklagte lehnte die Bewilligung des ̸berbrückungsgeldes gem. <u>§ 55a AFG</u> i. V. m. § 24 Anordnung zur Förderung der Arbeitsaufnahme mit Bescheid vom 04.11.96 ab. Der Kläger habe unmittelbar vor der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit nicht mindestens vier Wochen Alg, Alhi oder Uhg bezogen.

Dagegen legte der Kl \tilde{A} x ger am 11.11.96 Widerspruch ein. Die Entscheidung \tilde{A} 1 /4ber die Bewilligung von Alg sei vorgreiflich. Er beantragte deshalb die Aussetzung des Widerspruchsverfahrens.

Der KlÄxger hat am 22.11.96 zwei Klagen beim Sozialgericht Chemnitz gegen die

drei Widerspuchsbescheide vom 11.11.96 erhoben, die das Sozialgericht mit Beschluss vom 03.06.96 verbunden hat. Der KlĤger ist der Ansicht, die Beklagte habe keine Sperrfrist von 12 Wochen verhĤngen dýrfen. Die Beendigung des AngestelltenverhĤltnisses sei zum Eintritt in die Freiberuflichkeit notwendig gewesen, die Beendigungsform zweitrangig. Nach der Vorlage des Aufhebungsvertrages sei das VertrauensverhĤltnis gestĶrt gewesen. Der GeschĤftsführer, Herr R â∏¦, habe die Arbeitnehmer schikaniert. Er habe aufgrund der Arbeitsbedingungen einen Hörsturz erlitten.

Die Beklagte hat mit Widerspruchsbescheid vom 19.12.96 den Widerspruch gegen die Ablehnung des ̸berbrückungsgeldes zurückgewiesen. Der Kläger hat die Klage insoweit erweitert und Anspruch auf Alg þber einen Zeitraum von mindestens vier Wochen und damit auch Anspruch auf Ã∏berbrückungsgeld.

Das Sozialgericht hat $\tilde{A}^{1}/_{a}$ ber die Beendigung des Arbeitsverh \tilde{A} ¤ltnisses des Kl \tilde{A} ¤gers mit der Firma R $\hat{a}_{||}$ GmbH Beweis erhoben durch Vernehmung des Zeugen R $\hat{a}_{||}$ und der Zeugin T $\hat{a}_{||}$

Der Zeuge R â | hat erklĤrt, der KlĤger habe die LĶsung des Arbeitsvertrages gewünscht. Er habe und hĤtte dem KlĤger nicht gekündigt, sei mit der AuflĶsung aber einverstanden gewesen. Der KlĤger habe den Entzug der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zu befürchten gehabt.

Die Zeugin T â□¦ hat ausgesagt, der Geschäftsführer habe ständig Kündigungen und Lohnkürzungen angedroht. Er habe sich gegenüber den Mitarbeitern cholerisch verhalten. Der Kläger habe Mitte/Ende April 1996 einen Auflösungsvertrag mit dem Arbeitgeber geschlossen.

Der KlĤger hat in der mündlichen Verhandlung am 09.03.99 die Klage gegen den Widerspruchsbescheid vom 11.11.96, in dem der Widerspruch gegen den Leistungsnachweis verworfen wurde, zurückgenommen.

Das Sozialgericht hat die Klage mit Urteil vom 09.03.99 abgewiesen. Die Voraussetzungen für eine Sperrzeit von 12 Wochen seien erfüllt. Der Kläger habe durch den Abschluss des Aufhebungsvertrages die Arbeitslosigkeit zumindest grob fahrlässig herbeigeführt. Der Zeuge R â∏, an dessen Glaubwürdigkeit keine Zweifel bestünden, hÃxtte das ArbeitsverhÃxltnis mit dem KlÃxger nicht gekündigt. Der Kläger habe keine konkrete Aussicht auf einen Anschlussarbeitsplatz gehabt. Ein wichtiger Grund für Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft und die Einrichtung eines Kanzleisitzes im Amtsgerichtsbezirk C â∏¦ seien hier maÃ∏gebend gewesen. Gründe für die Herabsetzung der Sperrzeit gem. <u>§ 119 Abs. 3 AFG</u> lägen nicht vor. Auch der Bewilligungsbescheid vom 05.09.96, mit dem dem KlAzger Alg nach Ablauf der Sperrzeit vom 24.06.96 bis 29.06.96 bewilligt wurde, sei rechtmäÃ∏ig. Der Kläger habe der Arbeitsvermittlung danach nicht mehr zur VerfA¹/₄gung gestanden. Er habe gegenüber der Beklagten erklärt, ab 01.07.96 eine Tätigkeit als Rechtsanwalt aufzunehmen. Erst am 12.09.96 habe er der Beklagten mitgeteilt, dass die Abmeldung versehentlich erfolgt sei. Auch die Ablehnung des Antrages auf

̸berbrückungsgeld sei rechtmäÃ∏ig. Der Kläger habe vor Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit lediglich sechs Tage Alg bezogen.

Gegen das am 19.06.99 zugestellte Urteil hat der Kl \tilde{A} $^{\mu}$ ger am 13.07.99 zwei inhaltlich \tilde{A} $^{\mu}$ bereinstimmende Berufungen beim S \tilde{A} $^{\mu}$ chsischen Landessozialgericht (<u>L 3 AL 94/99</u> und L 3 AL 95/99) eingelegt. Die Berufung mit dem Az. L 3 AL 95/99 hat der Kl \tilde{A} $^{\mu}$ ger in der m \tilde{A} $^{\mu}$ ndlichen Verhandlung am 10.10.2001 zur \tilde{A} $^{\mu}$ ckgenommen.

Der Kläger begehrt im Berufungsverfahren die Herabsetzung der Sperrzeit auf sechs Wochen, die Bewilligung von Alg im Anschluss daran sowie den "häglitigen Anspruch auf Äßberbrä½dckungsgeld". Er habe den Aufhebungsvertrag unterschrieben, weil die Arbeitsbedingungen unzumutbar gewesen seien. Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft sei insoweit nicht von Bedeutung gewesen. Der Geschägftsfä¼hrer R åß habe den Aufhebungsvertrag unerwartet vorgelegt. Er hägte das Arbeitsverhägltnis aus eigener Initiative nicht beendet, aber sich weiter um eine andere Arbeitsstelle bemä¼ht. Die Aufnahme einer selbststägndigen Tägtigkeit habe er bereits seit Mägrz/April 1996 geplant gehabt. Auäßerdem habe er gegenä¼ber dem Arbeitsamt am 10.06.96 auch nur unverbindlich mitgeteilt, dass er vielleicht schon ab 01.07.96 die selbststägndige Tägtigkeit aufnehmen kä¶nne. Diese Mitteilung habe er widerrufen.

Der KlĤger beantragt,

- 1. das Urteil des Sozialgerichts Chemnitz vom 09.03.99 aufzuheben und den Bescheid vom 03.09.96 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 11.11.96 abzuändern, den Bewilligungsbescheid vom 05.09.1996 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 11.11.1996 abzuändern und die Sperrzeit auf 6 Wochen herbzusetzen sowie ihm im Anschluss daran Arbeitslosengeld zu gewähren,
- 2. den Bescheid vom 01.11.96 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19.12.96 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihm Ã□berbrückungsgeld ab 15. September 1996 für die Dauer von 13 Wochen zu bewilligen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Das Urteil des Sozialgerichts Chemnitz vom 09.03.99 sei nicht zu beanstanden.

Das Gericht hat einen Befundbericht des Internisten Dr. med. K â\|\text{ und des HNO-Arztes Dr. med. J â\|\text{ A}\'\delta\text{ ber den Behandlungszeitraum Januar 1996 bis Mai 1996 beigezogen, wonach bei dem Kl\(\text{A}\'\text{xger im fraglichen Zeitraum eine Bronchitis, Ohren- und Magenschmerzen vorgelegen haben. Der Kl\(\text{A}\'\text{xger sei vom 28.02.96 bis 08.03.96 und vom 17.04.96 bis 19.04.96 arbeitsunf\(\text{A}\'\text{xhig gewesen.}\)

Die Verwaltungsakte der Beklagte (Stamm-Nr.: â∏), Gerichtsakten des

Sozialgerichts Chemnitz (\underline{S} 2 AL $\underline{1001/96}$ und \underline{S} 2 AL $\underline{1002/96}$) und des \underline{S} Axchs. LSG (\underline{L} 3 AL $\underline{94/99}$, \underline{L} 3 AL $\underline{95/99}$) haben vorgelegen und waren Gegenstand der m \underline{A} 14ndlichen Verhandlung, Beratung und Entscheidung.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung ist zulässig. Die Statthaftigkeit der Berufung folgt aus <u>§Â§ 143</u>, <u>144 Abs. 1 Nr. 1</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG). Der Beschwerdegegenstand übersteigt 1.000,00 DM. Denn der Kläger begehrt ab 24.04.1996 Arbeitslosengeld (Alg) und im Anschluss daran ab 15.09.1996 Ã∏berbrückungsgeld. Der wöchentliche Leistungssatz des Alg betrug im Juni 1996 263,40 DM.

Die Berufung ist aber unbegründet.

Im Berufungsverfahren macht der Kläger nur noch einen Anspruch auf Alg nach Ablauf einer Sperrzeit von sechs Wochen und Ã□berbrÃ⅓ckungsgeld ab 15. September 1996 fÃ⅓r die Dauer von 13 Wochen geltend. In diesem Umfang erfolgt eine PrÃ⅓fung der Streitsache.

Zu Recht hat das Sozialgericht die Klage auch insoweit abgewiesen. Der Kl \tilde{A} ¤ger hat lediglich vom 24.06.1996 bis 29.06.1996 Anspruch auf Alg. Dar \tilde{A} ½berhinausgehende Anspr \tilde{A} ½che auf Alg und \tilde{A} \Box berbr \tilde{A} ½ckungsgeld bestehen nicht.

I. Der KIäger hat den Sperrzeittatbestand des <u>§Â§ 119 Abs. 1 Nr. 1</u>, <u>119 a Nr. 1</u> AFG erfýIIt.

Danach tritt eine Sperrzeit von 12 Wochen ein, wenn der Arbeitslose das BeschĤftigungsverhĤltnis gelĶst und dadurch vorsĤtzlich oder grob fahrlĤssig die Arbeitslosigkeit herbeigefļhrt hat, ohne für sein Verhalten einen wichtigen Grund zu haben.

Dem Kläger steht fýr sein Verhalten kein wichtiger Grund zur Seite.

Nach Sinn und Zweck der SperrzeittatbestĤnde soll unter AbwĤgung der Interessen der Versicherten mit denen der Versichertengemeinschaft eine Sperrzeit dann eintreten, wenn dem Arbeitnehmer unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles kein anderes Verhalten zugemutet werden kann. Bei der Lösung eines Beschäftigungsverhältnisses ist ein wichtiger Grund dann gegeben, wenn Umstände vorliegen, die nach verständigem Ermessen dem Arbeitnehmer die Fortsetzung des Beschäftigungsverhältnisses nicht mehr zumutbar erscheinen lassen, weil sein Interesse ansonsten in unbilliger Weise geschädigt würde (vgl.

BSG SozR 4100 § 119 Nr. 17; BSG Urt. vom 18.03.1997, Az.: <u>11 RAr 25/96</u> und <u>11 RAr 17/96</u>).

Die festgestellten UmstĤnde begrļnden eine solche Unzumutbarkeit nicht.

Der Klåwger hat erklåwrt, er habe auf Veranlassung des Arbeitgebers den Auflå¶sungsvertrag unterschrieben. Der Arbeitgeber habe das Arbeitsverhåwltnis rå¼ckwirkend beenden und die Vergå¼tung få¼r den Monat April 1996 vorenthalten wollen. Er håwtte den Auflå¶sungsvertag aber nicht unterschreiben må¼ssen. Das gilt auch unter Berå¼cksichtigung des drohenden Entzuges der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft. Die Zulassung håwtte er ggf. spåwter erneut beantragen kå¶nnen.

Die alternativ von dem Kläger erwartete arbeitgeberseitige Kündigung wäre nach Angaben des Zeugen R â∏¦ nicht erfolgt. Unabhängig davon ist es dem Arbeitnehmer grundsätzlich zumutbar, eine Kündigung abzuwarten und deren RechtmäÃ∏igkeit nach Ausspruch zu prüfen und ggf. ein Kþndigungsschutzverfahren durchzuführen (vgl. Niesel, AFG, 2. Aufl., § 119 Rn. 68). Die damit verbundenen Belastungen wie Kosten, Dauer des Klageverfahrens und das Risiko hinsichtlich der Erfolgsaussichten sind Kündigungsschutzklagen immanent und belasten jeden Arbeitnehmer. Dennoch ist es insoweit geboten, effektiven Rechsschutz zu suchen.

Hier lag auch eine tiefgreifende Zerrütung des Mindestvertrauens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht vor. Der KlĤger arbeitete zwar unter erschwerten Bedingungen. Die Zeugin Tâ∏¦ schilderte Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen dem KlAzger und dem Zeugen R ân, den sie als cholerisch empfand. In den Büroräumen hielt sich ein Rottweiler auf, den der KlĤger auf Veranlassung des GeschĤftsfļhrers besorgt hatte. Der KlĤger erhielt keinen Dienstwagen, obwohl er nach eigenen Angaben ein Kfz benĶtigte. Er war auAngerdem schon zweimal von seinem Arbeitgeber abgemahnt worden, ohne dagegen arbeitsrechtlich vorgegangen zu werden. Eine Zusammenarbeit zwischen dem Kläger und dem Geschäftsführer R â∏¦ war nicht völlig ausgeschlossen. Zwar war der KlĤger psychischem Druck ausgesetzt. Er hĤtte aber nach eigenen Angaben das ArbeitsverhĤltnis fortgeführt, wenn ihm der Aufhebungsvertrag nicht vorgelegt worden wäre. Er suchte bereits nach Mäglichkeiten, sich selbststĤndig zu machen. Er hätte also nur noch die Zeit bis zur Aufnahme der selbststĤndigen TĤtigkeit ļberbrļcken müssen. Das erscheint auch objektiv zumutbar.

Soweit der Kläger ferner einen arbeitsbedingten Hörsturz anführt, ist damit ebenfalls kein wichtiger Grund i. S. d. <u>§ 119 AFG</u> gegeben. Zwar können Gründe im persönlichen Bereich insoweit ausreichen. Bei gesundheitlichen Grþnden ist der Arbeitnehmer aber zunächst gehalten, diese Grþnde zu beseitigen. Die Fortführung eines Arbeitsverhältnisses ist nur dann unzumutbar, wenn die Leistungseinschränkungen von erheblichem Umfang sind. Davon ist nicht auszugehen. Der Kläger wurde wegen des Hörsturzes vom 18.04.96 bis 28.04.96 (jeweils nach Dienstende) behandelt. Er konnte nach Angaben des behandelnden

HNO-Arztes die TĤtigkeit als Justitiar nach Beendigung der ambulanten Therapie fortsetzen. Erhebliche Zeiten der ArbeitsunfĤhigkeit lagen zuvor nicht vor.

Nach den für den Eintritt der Sperrzeit maà gebenden Tatsachen bedeutet die 12-wöchige Sperrzeit keine besondere Härte im Sinne des § 119 Abs. 2 Satz 1 AFG. Eine besondere Härte liegt vor, wenn nach den Umständen des Einzelfalles die Regeldauer im Hinblick auf die für den Eintritt der Sperrzeit maà gebenden Tatsachen objektiv als unverhältnismäà ig anzusehen ist. Maà gebende Tatsachen sind dabei solche, die mit dem Eintritt der Sperrzeit in einem ursächlichen Zusammenhang stehen (BSG SozR 4100 § 119 Rn. 32). Derartige Umstände liegen nicht vor. Eine über den Regelfall hinausgehenden Härte konnte nicht festgestellt werden. Die Regeldauer der Sperrzeit erscheint gerade nicht unverhältnismäà ig.

Die Sperrzeit beginnt entgegen der Feststellung der Beklagten nicht am 01.04.1996, sondern erst am 27.04.1996. Denn gem. <u>ŧ 119 Abs. 1 Satz 2 AFG</u> beginnt die Sperrzeit mit dem Tag nach dem Ereignis, das die Sperrzeit begrĽndet. Das ist hier das Ende des BeschĤftigungsverhĤltnisses (26.04.1996). Der KlĤger ist durch den von der Beklagten festgestellten Beginn der Sperrzeit aber nicht beschwert. Er hat den Antrag auf Alg erst am 26.04.1996 gestellt und begehrt fļr den Zeitraum vom 01.04.1996 bis 26.04.1996 keine Leistungen der Beklagten. Damit hat die Feststellung keine leistungserheblichen Auswirkungen.

Die Minderung der Anspruchsdauer ergibt sich aus <u>§ 110 Abs. 1 Nr. 2 AFG</u>. Danach mindert sich die Dauer des Anspruchs auf Alg um die Tage einer Sperrzeit nach <u>§ 119 AFG</u>, in Fällen einer Sperrzeit von 12 Wochen nach <u>§Â§ 119 Abs. 1 Nr. 1</u>, <u>119 a AFG</u> mindestens um 1/4 der Anspruchsdauer. Der Kläger hatte einen Restanspruch auf Alg von 390 Tagen. 1/4 des Anspruchs ergibt 97,5 Tage, die die Beklagte abgerundet hat.

II. Der KlĤger hat nach Ablauf der Sperrzeit lediglich vom 24.06.1996 bis 29.06.1996 Anspruch auf Alg. Ein darüberhinausgehender Anspruch besteht nicht.

Die anspruchsbegründenden Voraussetzungen des <u>§ 100 AFG</u> liegen nicht vor. Danach hat Anspruch auf Alg, wer arbeitslos ist, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht, die Anwartschaftszeit erfüllt, sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet und Alg beantragt hat.

Hier fehlt es an der in $\frac{\hat{A}}{\hat{A}}$ $\frac{103 \text{ AFG}}{103 \text{ AFG}}$ n \hat{A} mher bestimmten Verf \hat{A} gbarkeit. Der Arbeitsvermittlung steht danach zur Verf \hat{A} gung, wer

- 1. eine zumutbare, nach $\frac{\hat{A}\S}{168}$ die Beitragspflicht begr \tilde{A}^{1} 4ndende Besch \tilde{A} xftigung unter den \tilde{A}^{1} 4blichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes aus \tilde{A}^{1} 4ben kann und darf,
- 2. bereit ist,

- a) jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen, die er ausüben kann und darf sowie
- b) an zumutbaren Maà nahmen zur beruflichen Ausbildung, Fortbildung und Umschulung sowie zur beruflichen Rehabilitation teilzunehmen

sowie

3. das Arbeitsamt täglich aufsuchen kann und für das Arbeitsamt erreichbar ist.

Der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)er gab in einer Stellungnahme zur Beendigung des Besch\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)er fligungsverh\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)ltnisses am 10.06.1996 an, ab 01.07.1996 stand er nach eigenen Angaben ab diesem Zeitpunkt der Arbeitsvermittlung nicht zur Verf\(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\)gung. Die Erkl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)rung ist eindeutig und ohne Vorbehalte oder Einschr\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)nkungen abgegeben worden. Entgegen dem Vortrag des Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)ers kommt die blo\(\tilde{A}\)\(\tilde{G}\) e M\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)lichkeit der Aufnahme einer selbstst\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)ndigen T\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)tigkeit darin nicht zum Ausdruck.

Diese ErklĤrung hat er entgegen seiner Ansicht auch nicht wirksam widerrufen. Zwar erklĤrte der KlĤger bei einer persĶnlichen Vorsprache, die Abmeldung zum 01.07.1996 sei nicht verbindlich gewesen. Dieser "Widerruf" ging der Beklagten aber erst am 12.09.1996 und damit unmittelbar vor der Aufnahme der selbststĤndigen TĤtigkeit zu. Damit wird die VerfĹ/4gbarkeit nicht nachtrĤglich hergestellt. Denn die Bereitschaft, jede zumutbare Arbeit anzunehmen, fehlt, wenn der Arbeitslose erklĤrt, der Arbeitsvermittlung nicht zur VerfĹ/4gung zu stehen. Das ist hier der Fall. Die Beklagte musste davon ausgehen, dass der KlĤger vom 01.07.1996 bis 12.09.1996 eine selbststĤndige TĤtigkeit ausĹ/4bt.

Auch fÃ $\frac{1}{4}$ r den Zeitraum vom 12.09.1996 bis zur Aufnahme der selbststÃ $\frac{1}{4}$ ndigen TÃ $\frac{1}{4}$ tigkeit am 15.09.1996 ist die VerfÃ $\frac{1}{4}$ gbarkeit zu verneinen. Denn diese ist ausgeschlossen, wenn an der Vermittlung einer die Beitragspflicht begrÃ $\frac{1}{4}$ ndenden Besch $\frac{1}{4}$ ndensichtlich kein Interesse besteht und eine solche von vornherein nicht in Betracht kommt. Davon ist hier auszugehen. Die Vermittlung einer solchen Besch $\frac{1}{4}$ ndenden Zeitraum von drei Tagen nicht m $\frac{1}{4}$ glich und entsprach auch nicht den Erwartungen des Kl $\frac{1}{4}$ xgers.

III. Der Kläger hat schlieÃ□lich auch keinen Anspruch auf Ã□berbrückungsgeld ab 15.09.1996 für die Dauer von 13 Wochen.

Als Anspruchsgrundlage kommt nur § 55 a AFG in Betracht. Danach kann die Bundesanstalt Arbeitslosen bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von mindestens 18 Stunden Ã∏berbrù⁄4ckungsgeld gewähren, wenn der Arbeitlose bis zur Aufnahme dieser Tätigkeit mindestens vier Wochen Alg oder Arbeitslosenhilfe (Alhi) bezogen hat.

Die Tatbestandsvoraussetzungen des <u>ŧ 55 a AFG</u> liegen nicht vor. Der KlĤger hat vor Aufnahme der selbststĤndigen TĤtigkeit keine vier Wochen Alg oder Alhi bezogen. Er hat unmittelbar zuvor keine Leistungen des Arbeitsamtes erhalten,

sondern nur fÃ¹/₄r den Zeitraum vom 24.06.96 bis 29.06.96.

Nach alldem war die Berufung zurĽckzuweisen.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 193 SGG.

Gründe, die Revision zuzulassen, liegen nicht vor, <u>§ 160 Abs. 2 Nr. 1, 2 SGG</u>.

Erstellt am: 08.09.2003

Zuletzt verändert am: 23.12.2024